

# HISTORIX

WS 2012/13

Zeitschrift der HistorikerInnen



Adaption von „Die Freiheit führt das Volk“ (La Liberté guidant le peuple) von Eugène Delacroix  
Asterix und Obelix feiern Geburtstag, 2009: Seite 43.

## Editorial

Liebe Mitmenschen und Mitmenschen, herzlich willkommen im heißen Herbst. Wir wollen mit diesem Historix entgegen der nasskalten Kürzungspolitik des handelskammerdevoten Senats ein wenig dazu beitragen, anhand eines geschärften emanzipatorischen Demokratiebegriffs die flache neoliberale Ideologie weiter zu entlarven. Letztlich sind wir selbst diejenigen, die Geschichte, und damit auch Politik und Studienreform machen. Fast alles, was es dafür braucht, ist eine Utopie, eine Vorstellung davon, wie die Welt, die Universität, die Gesellschaft sein sollten, um auf dieser Grundlage in allen Bereichen des Lebens, insbesondere der Uni-

versität engagiert dafür zu streiten. In der Studienreform entzündet sich der Konflikt an der Frage, ob ohne klare Perspektive „Erleichterungen“ innerhalb des Bestehenden vorgenommen werden sollen, oder aber gesellschaftlich eingreifende Wissenschaft Ziel und Maßstab sein sollen. Zu letzterem ist mit dem Kampf um die Zukunft dokumentiert, dass der emanzipatorische Gehalt der Wissenschaft selbst Teil der Antwort auf die umfassende Krise der Ausbeutungsgesellschaft ist. Auch die diesjährige Orientierungseinheit gestaltete sich konfliktuös. Dürfen StudienanfängerInnen „neutral“ in ein

system eingeführt werden, oder beginnt die Bildung mündiger Menschen schon in der OE?

Wir gehen davon aus, dass aus der Geschichte gelernt werden kann und wir befürworten, dies zu tun. Daraus erwachsen ist ein Wochenendseminar zur französischen Revolution. Sie erschweren die Durchführung und verschleppen das Begleichen der Rechnung mutwillig. Krieg ist nicht demokratisch, und schon gar nicht kann er die Gesellschaft demokratisieren. Zu diesem Thema wagen wir den Blick nach Afghanistan und den wirkenden Kräften demokratischer Entwicklung dort. Achja, und eins noch: Wir sind alle Griechen.

# (Keine) Zeit für Demokratie

<b>Inhalt</b>	
<b>Editorial</b>	1
<b>Demokratie</b>	2
<b>Die Universität als Demokratiewerkstatt</b>	4
<b>Magister Studienordnung des Fachschaftsrats (Utopie?)</b>	8
<b>Kampf um die Zukunft!</b>	9
<b>DOKUMENTIERT Eckpunkte für Leitlinien der Hochschulentwicklung</b>	10
<b>Übersichtsgrafik: Selbstverwaltung</b>	11
<b>Wieso? Weshalb? Warum? Orientierungseinheit!</b>	12
<b>Französische Revolution</b>	15
<b>Afghanistan - Karikatur einer Demokratie -</b>	17
<b>Impressum</b>	19
<b>Griechenland</b>	19

Demokratie wird im allgemeinen als politische Form verstanden. Sie soll gewährleisten, dass die gesellschaftliche Entwicklung im Sinne des allgemeinen Interesses, bzw. für die Mehrheit vollzogen wird, unter der Mitwirkung und Mitbestimmung tendenziell aller. Demokratie richtet sich demnach inhaltlich auf den gesamtgesellschaftlichen Prozess, vor allem auf die Organisation der gesellschaftlichen Reproduktionsprozesse. Sie ist daher notwendig mit der Forderung, bzw. dem bewussten Kampf für materiell, d.h. gesellschaftlich verstandene Gleichheit verbunden. Andersrum heißt das: Demokratie ist realisiert, insofern die menschliche Gleichheit verwirklicht ist. Innerhalb dieser (Ungleichheits-)Verhältnisse kann Demokratie also nur in der emanzipatorischen Überwindung der Ungleichheit, bzw. in der solidarischen Wende der globalen Krise des kapitalistischen Systems der Ausbeutung liegen.

## **Selbstverwaltungs-Modul: nicht vorgesehen.**

„§ 9  
*Allgemeine Rechte und Pflichten*  
(1) Die Hochschulen und ihre Mitglieder sind gehalten, die ihnen durch Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes und durch dieses Gesetz verbürgte Freiheit in Lehre und Studium, Forschung und Kunst im Bewusstsein ihrer Verantwortung vor der Gesellschaft auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung zu nutzen und zu bewahren.[...]  
(3) Die Mitwirkung an der Selbstverwaltung ist Recht und Pflicht der Mitglieder.[...]“  
Hamburgisches Hochschulgesetz, Juli 2001 (Fassung vom November 2010).

In Griechenland wurde eine ganze Regierung ersetzt, als diese sich „erdreistete“ von der EZB verordnete Sparauflagen per Volksabstimmung anzuzweifeln, mit dem Ergebnis, dass die Mehrheit ihrem Interesse in den folgenden Kämp-

fen und den Neuwahlen Ausdruck verleiht; es geht nach links. An der Hochschule wurde mit der Einführung des Hochschulrats und dem einziehen der Fakultätsebene den demokratische(re)n Gremien (Fachbereichsvorstände, Konzil) systematisch der Handlungsspielraum und damit die politische Verfügung entzogen. Ein „Struktur- und Entwicklungsplan“ ist dabei Ausdruck der umfassenden Hilflosigkeit der Leitungsorgane, die auf sich selbst zurückgeworfen den materiellen Druck einfach durchreichen, in gedankenloser Reproduktion der ursächlichen Konkurrenzverhältnisse. Alles, um die Kürzungen und damit die Zurichtung der gesellschaftlichen Errungenschaften auf die „Bedürfnisse“ des Marktes gegen den mehr als berechtigten Widerstand durchzusetzen.

In der ganzen Bundesrepublik waren die Landesregierungen der vergangenen zwei Jahrzehnte wenig schüchtern, die Vorgaben von Bertelsmannstiftung und Co. umzusetzen und die Akademische Selbstverwaltung unter dem Vorwand globaler „Wettbewerbsfähigkeit“ zu einer unternehmensartigen „Managementstruktur“ zu verhunzen. Ausdruck dieser Politik sind die Reduzierung, Hierarchisierung, Kompetenzbeschneidung und Bürokratisierung der Gremien und Leitungsorgane. Die Konsequenzen sind Hochschulen, in denen kaum jemand weiß, was der oder die andere macht, entsprechendes Chaos und zermürbender Verwaltungsaufwand, um trotzdem alles irgendwie am laufen zu halten.

Daß dies gelingt, nämlich in den Hochschulen Lehre, Forschung und Studium immer noch am laufen zu halten, ist wesentlich dem Umstand zu verdanken, daß gegen den Trend viele der in den siebziger Jahren erkämpfte Möglichkeiten zur demokratischen Verständigung und Entscheidungsfindung wiederum verteidigt werden

konnten. Immer noch können Studierende, Lehrende und Mitglieder des Technischen und Verwaltungspersonals in gemeinsamen Gremien über die weitere Entwicklung ihrer Einrichtung beraten. Ebenso existiert – bis auf in einigen wenigen ausgeprägt konservativen Regionen – die studentische Interessenvertretung in Verfaßten Studierendenschaften fort.

Diese kämpferisch bewahrten Möglichkeiten demokratischer Beteiligung zur Geltung zu bringen, fällt den Mitgliedern der Hochschulen jedoch immer schwerer. Die Verwaltung ertrinkt mit reduziertem Personal in der genannten Chaosbewältigung. Die Lehrenden vertun einen Großteil ihrer Zeit mit der Erfüllung von Ziel- und Leistungsvereinbarungen und dem Nachrennen hinter Drittmitteln.

Und die Studierenden? Sie finden unter den restriktiven Bedingungen der durchmodularisierten und strikt gegliederten gestuften Studiengänge ebenfalls kaum mehr die Ruhe für demokratische Wahrnehmung ihrer Interessen.

Selbst wenn zwischen den dicht aufeinander folgenden Lehrveranstaltungen, dem Büffeln für mal wieder die nächste studienbegleitende Prüfung, der Lichtung des Durcheinanders in der elektronischen Anmelde- und Prüfungsverwaltung, dem Jobben für den Lebensunterhalt und dem Versuch, durch die Berge von formalen Vorgaben für das Studium durchzusteigen noch das eine oder andere Zeitfenster für die Wahrnehmung seiner demokratischen Bürgerpflichten durchhuscht: in einem solch entfremdeten Fließbandlernen ist der Kopf meist für diese eigentlich erfreuliche Sache nicht frei.

So wird, was an Demokratie strukturell gerettet wurde, massiv kulturell beschränkt.

### Demokratie statt Markt

*„Wer wird im Zeitalter der kosmischen Nachrichten-Satelliten Unwissenheit noch als gottgewollten, immerwährenden Zustand der menschlichen*

*Steinzeit-Seele ansehen dürfen? Auf einem mühevollen und unwegreichen Pfand durch die bisherige Geschichte hat eine noch immer vor-menschliche Welt den materiellen Grund ihrer eigenen Vermenschlichung gelegt. Und Wissenschaft hat dieser Welt zu sagen, was möglich geworden ist.“*

(Werner Hofmann. Universität, Ideologie, Gesellschaft, Beiträge zur Wissenschaftssoziologie, F.a.M., 1968, S.39.)

Mit der Zurichtung aller Lebensbereiche auf den „Markt“ durch neoliberale Politik ist ein massiver Abbau von Demokratie einhergegangen.

Die Demokratisierung der Universität bedeutet, nicht länger drittmittelgehetzte Kieselsteinforschung zu betreiben, sondern im solidarischen Kampf um die Zukunft die gesellschaftliche Bedeutung der Universität voll zur Geltung zu bringen.

Die Universität zu demokratisieren heißt, sich selbst zu demokratisieren.

### Alle müssen politik werden!

*„Es gibt also nicht verschiedene >>Faktoren<<, die die Geschichte machen, sondern nur einen, den handelnden Menschen.“*

(Reinhard Kühnl, Faschismustheorien.

Ein Leitfaden [Einleitung], Heilbronn 1972)

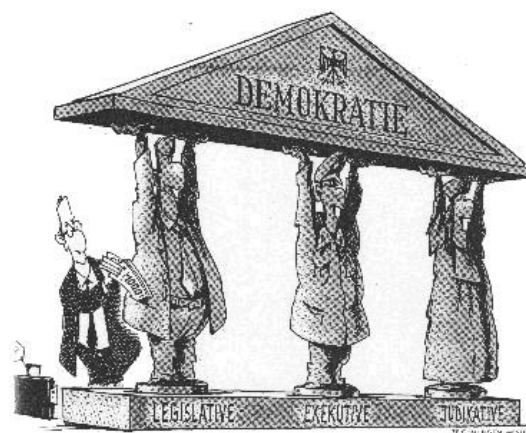
Der Mensch ist immer politisch, da er sich auf eine gemeinsame Realität bezieht, die gesellschaftlichen (Produktions-)Verhältnisse und ihre historische Gewordenheit.

Demokratie funktioniert nicht ohne Demokraten. Das bedeutet, dass nicht nur alle Politik werden müssen, (was sie schon sind), sondern das alle Links werden müssen. Uns, und damit Universität und Gesellschaft, zu demokratisieren heißt solidarisch vereint die Verhältnisse selbst in die Hand zu nehmen, um sie nach den vernünftigen Bedürfnissen der Mehrheit

zu verändern.

Demokratie heißt Kampf um die Zukunft. Für die bewusste Organisation des Gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses an der Universität, ist entgegen dem Entwicklungsabbaukonzept „Schuldenbremse“ dringend erforderlich mit Nachdruck für eine staatliche Ausfinanzierung zu wirken, indem der emanzipatorische Gehalt wissenschaftlicher Arbeitsweise als eine umfassende Antwort auf die gesellschaftliche Krise voll entfaltet und zur Geltung gebracht wird.

Die Krise des Studiensystems ebenso wie die gesellschaftliche Entwicklungskrise erhöhen den Druck auf die Hochschulen, sich selbst neu Rechenschaft über ihre gesellschaftliche Funktion abzugeben. Die sich so eröffnenden Möglichkeit einer humanistischen



Neuorientierung der Wissenschaft erfordert dabei das kritische Engagement der Studierenden. Die akademische Selbstverwaltung und die Verfaßte Studierendenschaft bieten dafür reichlich Gelegenheit. Es lohnt sich also, aus dem Hamsterrad des entfremdeten Studiums herauszutreten, sich mit anderen zu assoziieren und selbst Teil der Problemlösung zu werden. Als beispielgebend können die historischen Kämpfe der Arbeiter und Arbeiterinnen für die Herausbildung der ersten Arbeitervereine und Gewerkschaften gelten. Diese Kämpfe waren möglich, trotz Arbeitszeiten von weit über 90 Stunden in der Woche unter un-

menschlichsten Arbeitsbedingungen. Die Kämpfe wurden gerade wegen dieser widrigen Bedingungen begonnen.

Dabei konnten die hart ausgebeuteten Menschen nicht einfach in eine Gewerkschaft eintreten, Rechtsschutz in Anspruch nehmen oder sich an den Betriebsrat wenden. All diese Dinge mußten erst noch entwickelt, erarbeitet, gegen Widerstand in den eigenen Reihen erstritten und bei niedrigsten Löhnen finanziert werden.

Gegen die Roheit der Lebensbedingungen war mit diesen solidarischen Kämpfen auch die eigene Kultivierung verbunden. Die ei-

gene intellektuelle und kulturelle Entwicklung der Arbeiter war notwendige Voraussetzung und Teil der Erringung der angestrebten Ziele.

Die zeitliche Enge ist dafür zwar eine Einschränkung, aber kein Sachzwang. Wenn der Widerspruch zwischen den Zwecken der Studienanforderungen und dem eigenen objektiven Interesse gesellschaftlicher Emanzipation erkannt ist, eröffnet dies einen bewußteren Umgang mit dem entfremdeten Charakter des Studiums.

Statt der Flucht in Privatleben und Freizeitbeschäftigung zum Aus-

gleich kann sich statt dessen für die bewußte kritische Praxis als die wirklich befreiende Tat entschieden werden. Während ersteres die deprimierenden Studienbedingungen und ihre Ursachen letztlich akzeptiert und perpetuiert, kann in dem solidarischen Engagement sogar bereits jene menschenbezogene kritisch-analytische Weltaneignung vorweggenommen werden, die mit dem politischen Wirken institutionell verallgemeinert werden soll.

Demokratie ist die bewusste Verfügung aller am gesellschaftlichen (Re-)Produktions- und Entwicklungsprozess.

## Die Universität als Demokratiewerkstatt oder Wer macht eigentlich Studienreform?

*„Einführung eines Systems leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse, auch durch die Einführung des Diplomzusatzes (Diploma Supplement) mit dem Ziel, die arbeitsmarktrelevanten Qualifikationen der europäischen Bürger ebenso wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulsystems zu fördern.“*

Erstes Ziel in: Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister:  
„Der Europäische Hochschulraum“, Bologna 1999.

*„Die Universität sind wir, hier und jetzt. Denn es gibt keine Universität ohne eine Verantwortung, hier und jetzt, in Bezug auf das, was kommt. Und wenn wir hier sind, dann weil wir uns, wie mir scheint, Sorgen darüber machen, was heute mit der Universität geschieht, um ihre Zukunft und ihre Verantwortung in Bezug auf das, was kommt.“*

Plínio W. Prado Jr.: Das Prinzip Universität als unbedingtes Recht auf Kritik,  
in: Ingrid Lohmann, Sinah Mielich u.a (Hg.): Schöne Neue Bildung, Hamburg 2011

Die Universität Hamburg befindet sich in einem Aufbruch. Ein deutlicher Ausweis dessen ist der erste „Dies Academicus“ zur Studienreform, der am 17. April 2012 im Hauptgebäude der Universität stattfand. Dort diskutierten einen ganzen Tag lang über 300 Mitglieder der Universität, Studierende, „Verwalter“ und Lehrende, intensiv, worin die Malaise des Bologna-Prozesses besteht und wie sie gründlich überwunden werden kann.

Es zeigte sich, daß alle Fakultäten und Fachbereiche dauerhaft an der Überarbeitung von Prüfungsordnungen und Fachspezifischen Bestimmungen basteln. Doch sosehr überall Maßnahmen zur Entlastung (Minderung von Kontrolle,

Leistungsdruck, Repression und Verwaltungsaufwand) aller Beteiligten angestrebt werden, so wenig gelangen noch substantielle Verbesserungen. Deren Maßstab ist nämlich nicht eine pseudo-inhaltsfreie „Studierbarkeit“, sondern die Erneuerung von Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung und zur Bildung mündiger Menschen.

Die Herausforderung, der mit dem „Dies“ begegnet wurde und die weiter angenommen werden muss, ist sowohl eine positionelle als auch eine der demokratischen Selbstverwaltung:

Die positionelle Herausforderung besteht darin, das vielfach resignative Hinnehmen – nicht Befür-

worten! – der Bologna-Vorgaben („Employability“, „internationale Wettbewerbsfähigkeit“, „Vergleichbarkeit“, „Verkürzung“) und die dafür geschaffenen institutionellen Vorgaben (Module, Leistungspunkte, Fristen, Noten, Regelstudienzeit etc.) zu überwinden. Dabei kommt es darauf an, Studienreform mit der Perspektive der Verantwortung der Universität(en) für eine Humanisierung der globalen Zivilisation zu betreiben anstatt die Bologna-Ziele (s.o.) selbst zum Maßstab des Gelingens zu erklären.

Die demokratische Aufgabe besteht darin, diesen Gegensatz dauerhaft kritisch zu diskutieren, damit die noch schleppende „Reform der Reform“ zu einem dyna-

mischen Prozess der kollektiven Selbsterneuerung der Universität wird.

### **Vom Kopf auf die Füße: Wissenschaftlich leben statt betriebswirtschaftlich denken!**

13 Jahre nach der Konferenz von Bologna, in deren Folge das europäische Hochschulsystem marktgerecht gleichgeschaltet werden sollte, um uns als „Humankapital“ für die internationale Konkurrenz der privaten Ökonomien „fit“ zu machen, ist ein echter Paradigmenwechsel erforderlich.

Diese Notwendigkeit tritt scharf zutage: Das Rezept der Herrschenden, die Leitbilder, die Organi-

entscheidend für die Entwicklung der geistigen wie materiellen Produktivität und Wohlfahrt einer Gesellschaft.

Aus diesem Zusammenhang resultiert die immense Bedeutung von Bildung und Wissenschaft als emanzipatorischer Kraft zur Überwindung der weltweiten Krise.

Die Zerstörung von Lebensmöglichkeiten durch die Profitorientierung im Interesse einer kleinen radikalen Minderheit findet daher eine lebendige und immer konsequentere Alternative in den weltweiten Bewegungen für eine solidarische Gesellschaft. Die Herausforderung für Bildung und Wissenschaft ist entsprechend,

Leistungspunkten, Noten oder Drittmitteln und Rating-Plätzen zu treiben.

Aus dieser Perspektive ist die „Bologna-Reform“ von Beginn an wegen der mit ihr beabsichtigten Trennung der Studierenden in „Masse“ und „Elite“, der Zurichtung auf Fachidiotentum, dem Leistungsterror und der Kulturzerstörung insbesondere aus der Studierendenschaft kritisiert worden. Das Bündnis mit Mitgliedern anderer Gruppen der Hochschule(n), die gleichfalls eine humanistische Neuorientierung des Studiums befürworten, ist dabei immer gesucht und auch gebildet worden. Solidarische Aktivitäten mit Analysen, Diskussionen und Streiks, Vollversammlungen und Demonstrationen, Workshops, Tagungen und Veranstaltungen haben nun über Jahre hervorgebracht, dass jetzt gilt:

### **Bologna Adé!**

In Folge dieser Kämpfe sind mittlerweile selbst ausgemachte Befürworter der Bologna-Reform zu (unterschiedlich ernsthaften) Kritiker derselben geworden. So erklärte der stets um Integration bemühte Präsident der Uni Hamburg, Dieter Lenzen – ehemals von der Bertelsmannstiftung zum „Hochschulmanager“ des Jahres nominiert – Bologna zu administrieren grenze an eine „Beihilfe zur Körperverletzung“ und die Studiengänge müßten daher unter Rückgriff auf Humboldt'sche Bildungsvorstellungen zugunsten einer Stärkung demokratischer Persönlichkeitsbildung überarbeitet werden. Auch der neoliberale Think-Tank der Bertelsmann-Stiftung, das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), beteuert in Folge der letzten Bildungsproteste, „Bologna“ dürfe die Entwicklung von „Kritikfähigkeit“, „Selbstständigkeit“ und „Kooperation“ nicht ausschließen – und versucht diese Ansprüche mühsam mit seinen Kernzielen der „Beschäftigungsfähigkeit“ der Absolvent\_innen für die „Wettbewerbsfähigkeit“ zu versöhnen.

Das sind nur zwei von etlichen Indikatoren einer kämpferisch ge-

Eine Dokumentation des „Dies Academicus“ mit Reden, Bildern, Protokollen findet Ihr unter:

<http://www.uni-hamburg.de/UHH/DiesAcademicus2012.html>

Der FSR Erziehungswissenschaft hat außerdem den Dies Academicus teilweise per Film dokumentiert und zwar hier:

<http://webapp5.rrz.uni-hamburg.de/fsr-db/wordpress/?p=1037>

sationsformen und die Unkultur der Marktgesellschaft auf alle Lebensbereiche und damit auch auf die Hochschulen zu übertragen, ist gescheitert, weil die betriebswirtschaftliche Verwertungsorientierung lebensfern und menschenfeindlich ist

Der Mensch ist der einzige Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Verneinung seiner kooperativen und bewussten Entwicklung durch das Diktat der Märkte ist die Verneinung jeden Fortschritts – und sogar in der „Sphäre“ der Ökonomie ist das selbst die Krise. Die wettbewerbsgetriebene Ökonomie ist – das wird in der anhaltenden globalen Wirtschaftskrise besonders deutlich – nicht einmal mehr in der Lage, die für das Kapital selbst nötige Steigerung von Produktivität dauerhaft zu sichern. Bei zunehmender wissenschaftlicher Komplexität des ökonomischen, sozialen, kulturellen Lebens und globaler Arbeitsteilung, ist die Entwicklung des Menschen selbst

an Stelle von renditetauglicher und (arbeits-)marktorientierter Forschung, Lehre und Studium sozial rationale, menschengemäße Erkenntnistätigkeit und Handlungsweise zu entwickeln und sie zugleich in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu verallgemeinern. Nicht die Hochschulen, die Studierenden und Mitarbeiter müssen „effizient“ werden, sondern das Leben in Ökonomie, Politik, Kultur und Alltag vernünftig.

### **Veränderung beginnt mit Kritik**

Für die Reform des Studiums ist darum relevant, das unerschöpfliche Potential der Universitas für den Erkenntnisgewinn und eine international solidarische Kulturbildung zu nutzen und zu erweitern.

Dafür müssen die Studiengänge strukturell Kritik und Muße für Diskussion, Vertiefung und Ausprobieren sowie Engagement und Kooperation fördern anstatt alle in eine unsolidarische Jagd nach

wandelten Hegemonie, die ermutigen sollte, Universitäten mit kritischer Entwicklungsverantwortung gegenüber der Gesellschaft und Bildung als einen erfreulichen emanzipatorischen Prozess durch gemeinsames Engagement zu rekonstruieren.

### Ergebnisse des „Dies Academicus“

Mit solcher Aktivität ist zwar noch nicht genug, aber viel erreicht. Als angestrebte Reformen steht nun auf der Tagesordnung der gesamten Universität:

- Der Master muß Regelabschluß ohne gesonderte Zulassung sein.
- Prüfungen müssen nicht nur reduziert, sondern grundlegend auf ihre Funktion überprüft werden, damit kooperative Aneignung stumpfe Wissensreproduktion ersetzt. Eine egalitäre Lernkultur soll die Fokussierung auf Einzelleistungen aufheben und kooperative Erkenntnisprozesse fördern.
- Durch die Abschaffung von Modul- und Prüfungsfristen sind die Möglichkeiten zu
- erweitern, gesellschaftlich relevante Fragen kritisch zu vertiefen und die Wissenschafts- und Universitätsentwicklung gemeinsam voran zutreiben.
- Die starren Module sollen überprüft, gelockert oder abgeschafft werden, damit die Struktur des Studiums künftig vom Inhalt und sozialen Interesse der Studierenden her bestimmt werden kann.
- Die affirmative Berufsorientierung durch den ABK-Bereich soll mindestens „entpflichtet“ oder besser abgeschafft werden.
- Die Gestaltung der Studiengänge soll künftig in einem demokratischen Prozess in gleichberechtigter Verantwortung der Mitglieder der Universität geschehen. Diese Demokratisierung soll die privatrechtliche Akkreditierung ablösen.

Demokratische Strukturen müssen dafür auf gesamtuniversitärer und fachbereichs- bzw. fakultätsebene zügig erneut geschaffen werden.

- Die Universität muß deshalb weiter konsequent für eine bedarfsgerechte, öffentliche Finanzierung eintreten.

### Wie geht es weiter?

Eine Arbeitsgruppe aus Studierenden, Verwaltung und Lehrenden hat diese Ergebnisse für die Diskussion und Beschlußfassung in den Gremien aufgearbeitet. Die

**Der Fachschafftsrat Geschichte  
trifft sich  
jeden Mittwoch ab 18 Uhr  
im Cafe Schweinebucht (Phil 973)**

Gremien müssen diese Vorschläge im Wintersemester 2012/13 in der Überarbeitung der Prüfungsordnungen und Fachspezifischen Bestimmungen berücksichtigen.

Dabei kündigt sich jedoch an, dass längst nicht alle Widerstände „pragmatischer“, also notorisch angepaßter Bürokraten der Universität dagegen aufgegeben sind. Umso entscheidender ist, dass sich mehr und mehr Studierende kritisch in diesen Reformprozess einschalten.

In diesem Semester werden dafür noch mehrere studentische Vollversammlungen sowie gruppenübergreifende Veranstaltungen und Tagungen das Thema der Studienreform im Kontext des „Kampfes um die Zukunft“ bearbeiten. Für das nächste Semester ist ein weiterer „Dies Academicus“ im April 2013 geplant, der eine Bilanz ermögliche und Ausblick für die weitergehende Verbesserung schaffen soll. Inhaltlich wird dabei die Perspektive geschichtsbewußten, sozialverantwortlichen und zivilisierenden Eingreifens für das Gelingen der Reform entscheidend sein. Schließlich sind wir keine Opfer, die nur weniger Not und Streß haben wollen, sondern Menschen, die sich menschenwürdige Bedingungen gemeinsam selbst schaffen. In diesem Sinne

ist die Universität mit allen ihren Mitgliedern ein Labor wirklicher Demokratie!

### Stand der Studienreform im Fachbereich Geschichte

Hier hat sich die ALSt (AG für Lehre und Studium des Fachbereichsvorstandes) unter reger Beteiligung studentischer Aktivist\_innen an die Überarbeitung der Fachspezifischen Bestimmungen (FSB) gemacht.

Die Änderungsvorhaben an den FSB sind folgende:

1. Master soll als Regelabschluss gelten. B.A.-Zeugnis soll als qualifiziertes Zwischenzeugnis ausgeben werden.
2. Die 3 Module der Einführungsphase werden durch unterschiedliche geprüfte Leistungen abgeschlossen. Die Noten der Einführungsphase gehen jedoch nicht in die Endnote ein. Die Noten dieser Module werden den Studierenden in einer Sprechstunde erläutert.
3. Module dürfen wiederholt werden.
4. Die Bearbeitungszeit der B.A.-Arbeit soll vier Monate betragen.
5. Im freien Wahlmodul soll es keine Prüfungen und keine Noten geben.
6. In den Grundmodulen soll die Art der Prüfungsleistung individuell vereinbar sein.
7. Methoden und Theorien-Modul soll stärker auf die Theorien ausgerichtet werden.
8. Die Epochenmodule werden zu einem Aufbaumodul, mit zwei Übungen und einer Vorlesung zusammengefasst. Die Prüfungsleistung wird nur in einer Übung erbracht.
9. Im Abschlussmodul wird das Selbststudium, das keine Lehrform sei, durch Individualbetreuung ersetzt. Neben Deutsch und Englisch sollen auch – nach Maß-

gabe der Prüfer – andere Sprachen als Bearbeitungssprachen möglich sein.

10. Der ABK-Bereich wird grundlegend verändert. An die Stelle des Erlernens von markt-konformen Präsentationstechniken soll eine sozial-kritische Auseinandersetzung mit „Berufsfeldern“ für Historiker treten. Die Praktika sollen nicht zwingend Teil des Bachelorstudiums sein, sondern durch kooperatives Projektstudium ersetzt werden können. Benotungen sollen in diesem Bereich entfallen.

Der Fachschafftsrat als Organ der Verfassten Studierendenschaft

auf Fachbereichsebene strebt an, dass auch Studierende, die zu den Konditionen der zur Zeit geltenden FSBs begonnen haben, in die so geänderten Studienordnungen demnächst wechseln können. Bevor diese in Kraft treten, müssen sie aber noch vom Fachbereichsvorstand und dem Fakultätsrat befürwortet werden.

Diese Zwischenergebnisse sind erfreulich, denn sie können für alle die Bedingungen für solidarisches Engagement und kritische Wissenschaft als Teil dessen verbessern. Aber zufrieden seien können wir nicht.

Vielmehr kommt es darauf an, dass sich alle mehr und mehr über

humanistische Anliegen an die Entwicklung von Universität und Gesellschaft verständigen, ihrem Unmut über die engen Rahmenseetzungen Luft machen, sie solidarisch Übertreten und damit außer Kraft setzen.

Denn eigentlich geht es nicht um die Änderung von Studienordnungen und Regularien, sondern um die Befreiung von Wissenschaft und Mensch vom Druck der profitablen Verwertung, also um die Befreiung zur kooperativen, bewussten Menschwerdung aller. Um sich dafür zu organisieren, ist der Fachschafftsrat im Rahmen der studentischen Interessenvertretung für Alle der richtige Ort des

Einstiegs und der Entwicklung.



Martin Kretschmer

# Magister Studienordnung des Fachschaftsrats (Utopie?)

## *Präambel*

Die Studienordnung ersetzt die Prüfungsordnung der Fakultät und die Fachspezifischen Bestimmungen des Fachbereichs Geschichte.

### §1

Ziel des Studiums ist die Bildung mündiger Menschen auf wissenschaftlicher Grundlage. Das Studium bereitet auch auf einen Beruf vor.

### §2

Alle Studierenden haben das Recht und die Pflicht sich an der inhaltlichen und organisatorischen Gestaltung des Studiums einschließlich der Lehrveranstaltungen zu beteiligen.

### §3

Das Grundstudium gliedert sich in drei Epochen, Antike, Mittelalter und Neuzeit.

### §3.1

Das Grundstudium beginnt am Anfang des 1. Semesters mit einer zweiwöchigen Orientierungseinheit (OE). Die OE wird

vom Fachschaftsrat organisiert und durchgeführt.

### §3.1.1

Die OE wird in grundstudiumsbegleitenden Tutorien in den ersten drei Semestern fortgesetzt.

### §3.2

Das Grundstudium besteht aus einer Einführung in einer frei wählbaren Epoche und zwei Proseminaren aus den jeweils anderen Epochen. In den ersten zwei Semestern wird eine Einführungsveranstaltung in einer der Epochen gewählt.

### §3.2.1

Die Einführung soll die Grundlagen wissenschaftlichen Arbeitens am Beispiel einer bestimmten Epoche vermitteln und die Methodisch-Theoretische Grundlage des folgenden Studiums bilden.

### §3.2.2

Vor Beginn des Hauptstudiums sollte jeweils ein Proseminar der verbleibenden Epochen besucht werden, um einen angemessenen Überblick über die

Gesamtheit geschichtswissenschaftlicher Methoden und Theorien zu gewinnen.

### §4

Das Hauptstudium dient der Vertiefung von mindestens einem Bereich des Grundstudiums, sowie zur Erweiterung der wissenschaftlichen Erkenntnisse.

### §5

Das Studium dauert mindestens fünf Jahre. Über die vorgenannten Regelungen hinaus können alle Lehrveranstaltungen der Universität frei gewählt werden.

### §6

Das Studienende kann auf Wunsch mit einem Magister bescheinigt werden.

### §6.1

Das Erreichen des Magister wird durch Übereinkunft mit eine/r Hochschullehrer/in festgestellt. Maßstab ist §1.



# Kampf um die Zukunft!



## Die „Schuldenbremse“ ist eine Emanzipationsbremse.

Das barbarische Paradoxon besteht darin, dass angeblich für die Zukunft „gespart“ wird, aber ohne Bildung und Wissenschaft als mehrheitliche Emanzipation keine einzige der Herausforderungen der Gegenwart – von der Entwicklung der industriellen Produktion bis zur Überwindung der großen Zivilisationsprobleme durch Krieg, Ressourcenverschleiß und soziale Spaltung – zu bewältigen ist.

Hochschulpolitische Zuspitzung dessen war das – nunmehr durch die Proteste stark relativierte – Vorhaben, den Hochschulen 6-10 % ihres Etats sofort zu streichen.

Die Mitglieder der Uni begaben sich in den solidarischen **Kampf um die Zukunft** und forderten die Ausfinanzierung der Universität, um sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung „für eine

friedliche, demokratische, sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung“ anzunehmen. (Leitbild UHH)

In zahlreichen Veranstaltungen und öffentlichen Manifestationen entwickelte die Universität auf Basis ihres Leitbildes begründete Forderungen an die Bürgerschaft und den Senat, u.a. den Etat der Universität dauerhaft um 50 Mio. Euro aufzustocken und das strukturelle finanzielle Defizit zu beheben.

Wo der Reichtum für den kulturellen und sozialen Reichtum Hamburgs läge, zeigt ein Blick auf die vorm Hauptgebäude der Uni installierte **Schulden- und Vermögensuhr**:

Die privaten Haushalte in Hamburg verfügen aktuell über rund 204 Mrd. Euro. Davon sind über 60 Prozent in der Verfügung der reichsten 10 Prozent der Bevölkerung. Deren Vermögen wächst

pro Sekunde um ca. 230 Euro. Die Verschuldung der Stadt Hamburg steigt sekundlich um 23 Euro.

Würden also die reichsten 10 Prozent der Hamburger 50 Prozent ihres Vermögenszuwachses durch Steuern abgeben, wäre nicht nur die Staatsverschuldung bald abgebaut, sondern viel mehr Lebensbereicherndes zu finanzieren.

Ein erster Erfolg der neuen solidarischen Bewegung ist die im Oktober 2011 getroffene **„Hochschulvereinbarung“**, da mit dieser die ganz drastischen Kürzungen erst einmal abgewendet werden konnten. Der Uni-Etat wird einmalig von 242 Mio. Euro auf 280 Mio. Euro (in 2013) „angehoben“.

Jedoch zeigt ein genauerer Blick in die Vereinbarung, dass die Uni nach wie vor strukturell unterfinanziert bleibt: Mittel, die bisher aus anderen Quellen der Universität zugeflossen sind (Studiengebühren, Investitionsmittel, Tarifsteigerung), sollen in den 280 Mio. Euro schon enthalten sein.

Bis 2020 würde der Haushalt dann – unterhalb der durchschnittlichen Preissteigerung – nur noch um jährlich 0,88 % angehoben werden. Der Akademische Senat beurteilt die **„Hochschulvereinbarung“** als *„ein Zwischenergebnis dieser Bewegung. Sie wird den formulierten Zielen der Universität und ihren gesellschaftlichen Aufgaben nicht gerecht. Sie kann daher nicht mehr sein als ein Ausgangspunkt für die weitere Vertiefung des gemeinsamen Engagements für eine echte hochschul- und wissenschaftspolitische Wende.“*

(Stellungnahme des Akademischen Senats zur „Vereinbarung des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg und des Präsidiums der Universität Hamburg über die Universitätsentwicklung 2013-2020“ vom 19.01.2012)



Auf der folgenden Seite dokumentieren wir einen Beschluss des Akademischen Senats (AS) der Uni Hamburg über „Eckpunkte für Leitlinien der Hamburger Hochschulentwicklung“. Diese können als Programm für den weiteren universitären „Kampf um die Zukunft“ und somit auch als Anregung zur Diskussion über die Rolle der Universität und ihren Bedürfnisse verstanden werden.

## - DOKUMENTIERT -

### Eckpunkte für Leitlinien der Hochschulentwicklung

*Beschluß des Akademischen Senats der Universität Hamburg vom 30. August 2012*

#### **Wissenschaft kooperativ und in gesellschaftlicher Verantwortung entwickeln**

Die Universität Hamburg muss als Volluniversität mit breitem Spektrum erhalten und ausgebaut werden. Wissenschaft wird effizient in Kooperation statt in Konkurrenz entwickelt; Fächergruppen, z.B. Geistes- und Kulturwissenschaften, Sozialwissenschaften, Lebenswissenschaften und Naturwissenschaften (so sie denn voneinander abgrenzbar sind) haben gleichermaßen Bedeutung für die Hochschule und sollen nicht gegeneinander, sondern stets miteinander entwickelt werden. Die Entwicklung ist so zu gestalten, dass sich die einzelnen Wissenschaftsbereiche gegenseitig stärken. Dabei sollen die einzelnen Fächer eigenständig sein. Es braucht gute Entwicklungsmöglichkeiten für die Teildisziplinen, um mit den anderen Fächern in Auseinandersetzung treten und kooperieren zu können. Die UniHH betont als Ziel, „*dass die Universität einen Beitrag zur zivilen, ökologisch nachhaltigen, sozial verantwortlichen und demokratischen Entwicklung der Gesellschaft leisten soll und somit ihrer öffentlichen Verantwortung aktuell gerecht werden will. Die Universität will sich der Herausforderung stellen, Perspektiven für gestaltendes Eingreifen in gesellschaftliche Entwicklungen zu eröffnen, anstatt lediglich bestehende Gegebenheiten nachzuvollziehen.*“ (AS-Beschluss vom 8.9.2011)

Die Wissenschaft muss bedarfsdeckend öffentlich finanziert sein, um die Orientierung auf gesellschaftliche Aufgaben im Rahmen der wissenschaftlichen Unabhängigkeit zu gewährleisten. Fächervielfalt, Forschung und Studienangebot der Universität sollen sich an den folgenden vier Aspekten orientieren:

- Relevanz auf Grund gesellschaftlicher Herausforderungen (z.B. ökonomische Reproduktion, Entwicklung des Staatswesens, ökologische Nachhaltigkeit, Frieden, soziale Gerechtigkeit, Gesundheitsprävention),
- Relevanz aus der Logik / Intention der Forschung selbst,
- Nachfrage und Interesse der Studierenden,
- Erhalt und Ausbau seltener Fächer mit geringer Verbreitung in der Republik.

#### **1) Forschung:**

Individualforschung und Verbundforschung gleichermaßen fördern Forschung (einschließlich der kritischen Reflexion bisheriger Ergebnisse) sowie Neu- und Weiterentwicklung von Erkenntnissen sind essentielle Aufgabe der Universität. Dabei ist eine Balance aus breiter, auf individueller Motivation basierender Forschung und themenbezogenen Schwerpunktsetzungen anzustreben. Schwerpunkte sollten nicht von außen gesteuert werden, sondern sie entwickeln sich i.d.R. aus individueller Forschung und bilden dann für einen bestimmten Zeitraum zentrale Themen. Forschungsgruppen sollen fächerübergreifend arbeiten können und von der Universität gefördert werden. Wissenschaftliche Resultate bzw. Forschungsergebnisse sollen dabei für die Lehre aufbereitet werden, um auch auf diesem Wege den Transfer in die Gesellschaft (auch im internationalen Kontext) zu ermöglichen. Dafür soll die Praxis der Forschenden aus einem ausgewogenen Verhältnis zwischen der Bearbeitung von Forschungsthemen und der Aufbereitung dieser für die Lehre bestehen.

#### **2) Studium & Lehre:**

Universität als Bildungsinstitution weiterentwickeln Entgegen den dominierenden Zielen des Bologna-Prozesses, „die arbeitsmarktrelevanten Qualifikationen der europäischen Bürger ebenso wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulsystems zu fördern“ ist der AS für die weitere Entwicklung der Universität der Überzeugung, dass Studium und Lehre in der Hauptsache auf die „Bildung mündiger Menschen“ (Leitbild) in kritischer gesellschaftlicher Verantwortung gerichtet sind und sich in der so gewollten „Entwicklung von Sachkompetenz, Urteilsfähigkeit und der Fähigkeit zu argumentativer Verständigung auf wissenschaftlicher Grundlage“ auch die Qualifizierung zur Ausübung von Berufen verwirklicht – nicht umgekehrt. Zwischen „Studierenden“ und „Lehrenden“ ist von einem wechselseitigen Lehr- / Lernverhältnis auszugehen, in das – ohne Dogmatik – Lehrende und Studierende in je spezifischer Weise fachliche Erfahrungen und gesellschaftlichen Aktualitätsbezug einbringen. Dazu gehört auch das gemeinsame Forschen von Lehrenden und Studierenden. Die Betreuungsrelation zwischen Studierenden und Lehrenden vor allem im unbedrängten inhaltlichen Austausch am wissenschaftlichen Gegenstand ist zu verbessern, wobei es auch flexiblere Gestaltungsformen der Betreuung (wie z. B. die Form der Werkstatt oder des Projektstudiums) braucht, die am Inhalt orientiert sind. Hohe Prüfungsdichte, starre Fristenregelungen, Studiengebühren und erhöhte Lehrdeputate sind zu überwinden.

#### **3) Innere Struktur:**

Sinnvolle Entwicklung erfordert Partizipation der Hochschulmitglieder Die gegenwärtige Organisationsform ist so zu ändern, dass die Gruppen-orientierten Gremien gegenüber den Leitungsfunktionen gestärkt werden und in diesem Zusammenhang auch die Fächerebene einerseits und die gesamtuniversitäre Ebene andererseits gestärkt werden. Die Wahl in Leitungsfunktionen ist stets durch nach Mitgliedergruppen zusammengesetzte Gremien zu entscheiden. Studium, Lehre, Forschung, Verwaltung und Selbstverwaltung bilden eine Einheit, indem der Großteil der Lehre durch Personen zu realisieren ist, die in der Forschung involviert sind, Studierende sich in allen Studienphasen an Forschungsarbeit beteiligen, gruppenmäßig zusammengesetzte Selbstverwaltungsorgane überall dort eingerichtet und befasst sein müssen, wo fachliche Entscheidungen und wo Verwaltungsentscheidungen zu treffen sind. Die Zahl der unbefristet beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiter ist zu erhöhen.

#### **4) These zur Hochschulfinanzierung:**

Gute Bildung braucht solide Grundausrüstung Die Entwicklung der Hochschule als Volluniversität in Einheit, die qualitätsvolle Verwirklichung von Studium und Lehre, soziale Bedingungen für produktive Wissenschaft sowie die demokratische Verfassung der Institution erfordern mehr und langfristig beplanbare Finanzen. Die Grundfinanzierung muss deutlich erhöht werden.

# Verfasste Studierendenschaft



# Akademische Selbstverwaltung



Die Prüfungsordnung und die Fachspeziefischen Bestimmungen werden vom Fakultätsrat beschlossen und in den Ausschüssen für Lehre und Studium vorbereitet und diskutiert.

# Wieso? Weshalb? Warum? Orientierungseinheit!

**Orientierungseinheit Geschichte**  
Die Orientierungseinheit wird seit den 1970er Jahren unter der Federführung des Fachschaftsrats in Kooperation mit dem Fachbereich studentisch selbst organisiert. Dieses Jahr aber hat der Fachbereichsvorstand – ohne Angabe von Gründen oder ernsthafte Argumentation – mit professoraler Mehrheit entschieden, diese fortschrittliche Tradition zu brechen. Mit diesem Artikel beleuchtet wir den Konflikt und hoffen, so den Weg für eine rationale und argumentative Debatte um die künftige Gestaltung der OE zu ebnet und gleichzeitig Maßstäbe für ihre künftige Entwicklung in die Diskussion und in die diesjährige OE zu bringen, die nicht unterschritten werden sollten.

## **Orientierung in Zeit und Raum**

Die Universität befindet sich mitten im Kampf um die Zukunft. Bildung und Wissenschaft für eine global menschenwürdige Entwicklung, kritische Reflexivität, Mündigkeit für Demokratie, soziale Öffnung und der Erhalt und Ausbau seltener Fächer sind fakultätsübergreifend diskutierte Ziele dieses Engagements. (Vgl. Beschluß des Akad. Senats zu Eckpunkten der Universitätsentwicklung vom 30. August 2012.) Damit positioniert sich die Universität für eine bedarfsgerechte Hochschulfinanzierung im Rahmen eines Ausbaus von demokratischer Sozialstaatlichkeit an der Seite von sozialen Bewegungen weltweit und kritisch zur Schuldenbremse. Es ist Zeit, diese Rekonstruktion humanistischer Wissenschaftspraxis in gruppenübergreifender Solidarität zu erarbeiten und auch die strukturellen und finanziellen Grundlagen dafür zu erkämpfen. Erkenntnisfortschritt und gesellschaftskritisches Engagement bedingen einander. Das kann man

nirgendwo besser lernen, als im Rahmen studentischer Interessenrealisierung und insbesondere der Orientierungseinheiten und Fachschaftsräte.

Die Orientierungseinheit Geschichte muss daher weiterhin vom FSR in Kooperation mit anderen Mitgliedern des Fachbereichs selbständig organisiert und durchgeführt werden. Der Fachbereich muss dies unterstützen.

## **Was ist der Konflikt?**

Fachschaftsrat und Tutor\_innen haben in der Orientierungseinheit 2011 auf die kritische Auseinandersetzung mit zwei exemplarischen Problemen der Hochschulkrise gedrungen: der strukturellen Unterfinanzierung und des daraus resultierenden Fehlens „freier Seminarwahl“.

Schon zu Beginn des Studiums werden Studierende oft vermittelt der Gouvernante STiNE in Lehrveranstaltungen eingeteilt, die nicht ihrem Interesse entsprechen. Teilnehmerobergrenzen und Mangelfinanzierung dienen als Legitimation dieses Diktats. Es mehrt Entfremdung und Stress, nicht Lernfreude in der „Bildung mündiger Menschen“.

Die OE-Tutor\_innen haben daher Studienanfänger\_innen in der OE 2011 dazu ermutigt, in den ersten zwei Wochen mehrere Einführungsveranstaltungen in die Geschichte (EfG 1) zu besuchen. Sie sollten sich so eine Meinung bilden, in welcher Veranstaltung sie ihre nächsten zwei Semester verbringen und die Grundlagen der Geschichtswissenschaft erlernen möchten. Erst dann sollten sie sich bei den Lehrenden direkt anmelden anstatt schon in der OE über STiNE. Der Fachschaftsrat hat im Vorhinein die Lehrenden auf diese Aktion, die der Rückgewinnung freier Seminarwahl und der Überwindung von STiNE als inhaltlicher Bestimmerin diente, in-

formiert und versucht, ihre kooperative Mitwirkung zu erreichen.

Außerdem haben wir Lehrende und Studierende ermuntert, die in dieser Situation deutlich werdende Unterfinanzierung, die sonst hinter der technokratischen Administration durch STiNE verborgen bleibt, solidarisch zu erörtern. Die Teilnehmerobergrenze sollte ausgesetzt werden. Zu überlegen war, wie der universitäre „Kampf um die Zukunft“ weiter geführt werden kann.

Und wir haben die Studierenden darauf hingewiesen, dass wir dafür kämpfen, die marketing-orientierten ABK-Kurse abzuschaffen oder wenigstens freiwillig zu machen. Wir haben verdeutlicht, dass sie dies zugunsten eines wissenschaftlicheren Studiums und Engagements nutzen können, wenn sie nicht gleich im ersten Semester in diese technokratischen Lektionen rennen.

Diese Vorschläge, Diskussionen und Aktionen im Rahmen der OE haben verdeutlicht, woran sich im FB Geschichte die Geister scheiden:

Ist es richtig, mit politisch geschaffenen Mangel, gehetzten Schmalpurstudiengängen, STiNE sowie Konkurrenz- und Leistungsdruck „pragmatisch“ umzugehen, in dem ein oberflächlich „reibungslöser“ Ablauf organisiert wird?

Oder geht es um (Geschichts-)Wissenschaft als kritische Weltaeneignung und deshalb auch um die kooperative Aneignung und Verbesserung der demokratischen Einrichtung: Universität?

Bilanz der letzten OE Geschichte  
Die Ermunterung zur Kritik und solidarischen Aktion war und ist notwendig, damit alle erkennen, dass die Universität keine „Anstalt“, sondern eine Institution ist, die weitgehend von ihren Mitgliedern gestaltet wird: je bewußter und kooperativer, desto besser. Dieses Verständnis sollte in der OE exemplarisch erarbeitet werden.

Soweit dies in einer Woche OE möglich ist, ist dies auch gelungen. Die Initiative hat außerdem bewirkt, dass virulente Kontroversen im Fachbereich und in der Studiendenschaft offen ausgesprochen werden müssen, was die erste Voraussetzung für eine demokratische Meinungsbildung ist.

Die konkrete Konzeption wäre wesentlich besser aufgegangen, wenn alle Gruppen diskussionsfreudiger und kooperativer die Initiative aufgegriffen hätten. Seitens des Fachschaftrates hätten wir die erheblichen Widerstände insbesondere auf professoralerseite realistischer einschätzen und durch eine engere Kommunikation und Kooperation mit den Studienanfänger\_innen beantworten sollen. Alle sollten sich vergegenwärtigen: Es geht um das gemeinsame Interesse an Aufklärung und Emanzipation für Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung - im Kampf gegen Unterfinanzierung und Bürokratisierung der Universität.

### **Was ist eigentlich eine Orientierungseinheit?**

Eine Orientierungseinheit ist eine begrenzte Studieneingangsphase, in der Studienanfänger\_innen sich unter Anleitung bzw. in Zusammenarbeit mit „älteren“ Studierenden die Universität als Ort der wissenschaftlichen Weltaneignung und der kulturellen, sozialen und politischen Auseinandersetzung erschließen.

Orientierung setzt voraus:

- Zusammenhänge zu analysieren,
- ihre Veränderbarkeit zu begreifen und
- sich selbst dafür und darin Bedeutung beizumessen.

Außerdem impliziert „Orientierung“ eine Bewegungsrichtung. Für diese ist im Studium relevant: die persönliche Bildung im Prozess der kooperativen, kritisch-analytischen Durchdringung der Welt für ihre menschenwürdige Entwicklung.

Woher kommt die Orientierungseinheit?

Die Orientierungseinheit ist ein Ergebnis der Studienreform, die

in den frühen 1970er Jahren als Fortführung des Impetus von „68“ unternommen wurde: Das Studium sollte aus seinem elitären und herrschaftsfunktionalem Kontext in eine kritische und demokratische, wissenschaftliche Bildung für immer mehr Menschen überführt werden. Die gesellschaftliche Relevanz und Verantwortung der Wissenschaft, die kritische Auseinandersetzung mit der Berufsausbildungsfunktion des Studiums, eine Weiterentwicklung des humboldt'schen Bildungsverständnisses, die den Erfordernissen der „Massenhochschule“ gerecht wird, waren Beweggründe dieser Reform.

Die Orientierungseinheit sollte in ein so verändertes Studium und Hochschulleben einführen. Es gab in den 1970er Jahren an der Uni Hamburg vielfältige Formen dieser Studieneingangsphasen – von der konservativen Unterweisung über paternalistische Studienberatung bis hin zu lose organisiertem Socializing oder purer politischer Agitation. 1982 wurden diese Modelle uniweit diskutiert und es liegt seither ein „Handbuch für die Orientierungseinheiten“ von Rolf Schulmeister (IZHD, jetzt ZHW) vor. Die dort gesammelten und ausgewerteten didaktischen Erkenntnisse machen wir zur Grundlage unserer Orientierungseinheit.

### **Wie sieht die Orientierungseinheit im Fachbereich Geschichte aus?**

Im Fachbereich Geschichte ist die OE auch zu Beginn der 1970er entstanden und hat seit den 1980er Jahren in etwa dieselbe Grundform. Sie dauert eine Woche. Sie wird bisher vom Fachschaftrat und weiteren aktiven Studierenden selbständig organisiert. Die Studierenden erhalten dabei Unterstützung von einem/einer professoralen OE-Beauftragten, dem Geschäftszimmer und seit jüngerer Zeit vom Studienbüro.

Die OE ist Teil des Studiums und sollte möglichst nahtlos in die Einführungsveranstaltungen überleiten. Die Tutorinnen und Tutoren haben bis in die 1990er Jahre diese Arbeit ehrenamtlich gemacht, bzw.

es sind aus diversen Hochschulsonderprogrammen eher symbolische Vergütungen des Aufwandes (stud. Tutorenverträge) gezahlt worden, meist nur für die Hälfte der Tutor\_innen. Mit Einführung der Studiengebühren und Wegbrechen studentischen Engagements infolge der Bolognaisierung der Universität wurden aus Studiengebühren die Tutor\_innen bezahlt. Ob dies künftig aus den „Kompensationsmitteln“, die die Gebühren ersetzen, gewährleistet werden soll, ist umstritten. Wir fordern es.

### **Was soll die OE leisten?**

- Die Studienbeginner sollen ihre Kommiliton\_innen kennen lernen.
- Die Studienanfänger sollen die universitären Einrichtungen und „Gepflogenheiten“, Hochschul-lehrer\_innen und andere Beschäftigten kennen lernen, damit sie in bzw. mit ihnen selbstbewußt agieren können.
- Die OE soll bei der solidarischen Bewältigung sozialer und rechtlicher Hürden helfen.
- Die Universität soll als Ort der demokratischen Mitbestimmung erlebbar werden.
- Die Studierenden sollen mit der widersprüchlichen Geschichte der Universität vertraut werden.
- Der Übergang von einer eher passiven Schüler-Haltung in eine aktive Studierenden-Haltung soll gefördert werden.
- Die OE soll ein näheres Verständnis von (Geschichts-)Wissenschaft vermitteln.
- Sie soll eine sinnvolle Studienplanung ermöglichen.
- Insbesondere soll sie ein solidarisches Miteinander und Bewußtsein hochschulischer und gesellschaftlicher Veränderungsmöglichkeiten fördern.

**Kurz: Gesellschaft, Universität und Geschichte versteht man am besten, wenn man sie selber bewußt (besser) machen will und sich gemeinsam aneignet, wie's geht.**

Insofern soll unsere Orientierungseinheit vor allem eine solidarische und aktivierende Einführung sein.

## Orientierungseinheit in Zeiten von Bologna

In den Orientierungseinheiten müssen wir dem Rechnung tragen, dass die Verdichtung, Entfremdung und vereinzelnde Leistungsbewältigung, die das Bologna-System kennzeichnen, viele Studierende krank machen und alle Menschen von einem bewußten und kooperativen Begreifen und Gestalten der Gesellschaft eher entfernen als dazu ermutigen. Gegen diese Pervertierung von Universität wird gerade in den Orientierungseinheiten ein alternierendes, humanistisches Verständnis von Bildung, Wissenschaft und Mensch diskutiert und sich gemeinsam erarbeitet.

Praktisch ist dies mit der Herausforderung verbunden, dies in einer viel zu kurzen Woche so zu unternehmen, dass sich die Studierenden mit den an sie gestellten Erwartungen seitens der Universität und Gesellschaft vertraut machen und dazu eine kritische Distanz und solidarische Handlungsfähigkeit entwickeln können. Die Studierenden können und sollen die Bedingtheit und Veränder-

barkeit der Universität als Teil der Gesellschaft erkennen und selbstbewußt gestalten, anstatt im Rahmen falscher Vorgaben zu „funktionalisieren“.

## Perspektive der Orientierungseinheit

Das alles zeigt, daß eine Verbesserung der Orientierungseinheit nur gelingen kann, wenn das bisherige Niveau der kritischen Reflexion und kooperativen Entwicklung aufgehoben anstatt aufgegeben wird. Der FSR muss daher die Hauptverantwortung für die OE zurückerhalten. Der FB muss die adäquate Finanzierung von 12 Tutor\_innen-Stellen wie in den letzten Jahren gewährleisten.

Endlich zu erreichen ist, daß die Studienanfänger\_innen nicht durch StINE mit ihrer Seminarwahl schon in ihrer ersten Woche unter Druck gesetzt werden.

Auch müssen weiterhin Nebenfach- und Unterrichtsfachberatungen besser koordiniert werden.

Mittelfristig sollte sich der FB auf Basis dieses OE-Konzepts und im Rahmen des nächsten Dies Academicus für eine Stärkung eman-

zipatorischer Orientierungseinheit einsetzen. Der FSR strebt an, eine engere Verknüpfung der Einführungsseminare mit der OE (wieder-)herzustellen, die OE wieder in die Vorlesungszeit zu ziehen, sie auch als Begleitung der Studieneingangsphase zu verlängern und die Beteiligung der Lehrenden in der OE-Woche zu stärken.

Im Jahr 2012 sollte der „Kampf um die Zukunft“ als uniweite Erhebung für eine bedarfsgerechte öffentliche Bildungs- und Wissenschaftsfinanzierung im Mittelpunkt der OE stehen. Als Beispiel des exemplarischen Lernens könnte das Engagement für den Erhalt der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte/Arbeitsstelle für Hamburgische Geschichte unter dem Motto >Geschichte in der Stadt< dienen oder „Europa in der Krise“ als Gegenstand (geschichts-)politischer Kontroversen und als Herausforderung an alle, diese Krise zivil und solidarisch zu beantworten.

Die Qualität der OE hängt dabei nicht zuletzt an der gruppenübergreifenden Kooperation in der Vorbereitung und Durchführung.

# Histofahrt

Vom 28. bis 30. Mai fuhren 25 Studierende des Fachs Geschichte in die Tagungsstätte „Heideruh“ nahe Buchholz, um sich während der uniweiten Pfingstferien auf einer Tagung mit der Französischen Revolution, den Grundlagen ihrer Entstehung, sowie ihrer Bedeutung für die sozialen Kämpfe der Gegenwart auseinanderzusetzen.

Auf der vom Fachschaftsrat Geschichte organisierten Fahrt diskutierten und reflektierten die TeilnehmerInnen die Themen mit nicht nur räumlichen Abstand zu Stine-Gängelung und Leistungsdruck in einer entspannten und produktiven Atmosphäre. In drei Workshops zu den Ideen und Zielen der Akteure, zur Rolle und

Entwicklung der Gewalt, sowie zu Mobilisierung und politischem Engagement der Bevölkerung näherten wir uns der Frage nach dem Mentalitätswechsel in der französischen Gesellschaft und dem Bruch mit der alten Ordnung. Im großen Plenum stellten die Workshop-Gruppen ihre Ergebnisse vor, gemeinsam wurden diese eingeordnet und vor dem Hintergrund der aktuellen Krise, sowie dem weltweiten Eingreifen sozialer Bewegungen diskutiert.

Im Vorfeld der Fahrt gab es im Historischen Seminar trotz großer Zustimmung von Studierenden und Lehrenden des Fachbereichs Versuche, die Tagung zu verhindern. So wurden der Fachschaft

zustehende Gelder aus dem Topf für studentische Projekte verwehrt.

Das Engagement der Teilnehmenden, ein selbstorganisiertes, kritisches Seminar zu einem aktuell relevanten Thema und damit die Alternative zum Bachelor-Alltag zu verwirklichen, führte zu einer positiven Haltung des Fachbereichsvorstands zum Vorhaben der Fachschaft und dazu, die Fahrt trotz formaler Hürden durchzusetzen. Die zur abschließenden Finanzierung notwendige Unterschrift des geschäftsführenden Sprechers in Vertretung des Vorstands steht derzeit noch aus.

Die Tatsache, dass es gelungen ist,

wieder eine Histo-Fahrt zu realisieren, und die große Motivation der TeilnehmerInnen, sich intensiv mit einem Thema auseinanderzusetzen, die sich u.a. in den teils nächtelangen Diskussionen ausgedrückt hat, stärkt den Anspruch

des Fachschaftsrats, selbstorganisierte, alternative Lernformen zusammen mit allen anderen Studierenden auszubauen und mit einer weiteren Histo-Fahrt im nächsten Jahr diese Veranstaltung zu verfestigen. Alle Studierenden sind dazu

aufgerufen, sich an diesen solidarischen Aktivitäten zu beteiligen, und wir freuen uns darauf, in Zukunft noch mehr Fahrten mit noch mehr KommilitonInnen durchzuführen.

## Die Französische Revolution

Mit der Französischen Revolution fanden die Ideen der Aufklärung Eingang in die gesellschaftliche Ordnung Europas. Sie markierte einen wesentlichen Bruch mit der mittelalterlichen feudalen Gesellschaft und legte den Grundstein für eine demokratische Gesellschaftsordnung.

Doch was war dieser Wandel, was machte ihn aus? (Und was ist von ihm zu lernen?)

Das Ancien Régime Frankreichs mit seiner feudalen Gesellschaftsordnung war seit dem beginnenden 18. Jahrhundert in der Krise: Der Adel wurde zunehmend als parasitär empfunden und die durch den wirtschaftlichen Aufschwung Frankreichs seit 1720 neu aufsteigende Gruppe der Bourgeoisie war ohne Macht. Der wirtschaftliche Aufschwung kulminierte mit steigenden Preisen für landwirtschaftliche Produkte seit 1730, was vor allem Kleinbauern und die unteren Schichten traf. Beides führte am Ende des 18. Jahrhunderts zu einem grundsätzlichen Infragestellen der bestehenden Gesellschaftsordnung.

Ende des 18. Jahrhunderts kulminierte die Krise in einer Finanzkrise, die Frankreich und seine Ständeordnung erschütterte. Das riesige Staatsdefizit war mit dem bestehenden Steuersystem nicht mehr zu beheben und provozierte eine zunehmende Empörung über die ungleiche Besteuerung der Stände, die massigen Privilegien von Adel und Klerus und deren ausschweifendem Lebensstil. Versuche, die Missstände zu beheben, scheiterten am Festhalten der oberen Stände an ihren Privilegien.

Die Finanzkrise des Staates war so pikant, dass 1788 als einzige Lösung die Einberufung der seit 1614 nicht mehr zusammengekommenen

sich das schon bald ändern. Als deutlich wurde, dass der König in Abstimmung mit dem ersten und zweiten Stand in der



Eugene Delacroix: Die Freiheit führt das Volk

nen Generalstände gesehen wurde.

In Vorbereitung auf diese Versammlung verfassten die Stände die „Cahiers de doléances“ (Beschwerdebriefe), die jedem Abgeordneten für die Generalversammlung mitgegeben wurden. Damit nutzte vor allem der dritte Stand die Möglichkeit, seine Stimme gegen die herrschaftlichen Verhältnisse und Missstände zu erheben. Geschah dies hier noch in einer appellativen Bitte an den König, für Verbesserungen zu sorgen, sollte

Versammlung der Generalstände keine Abstimmung nach Köpfen zulassen würde und lediglich über die Finanzkrise sprechen wollte, erklärten sich die Gesandten des dritten Standes am 17. Juni 1789 zur Nationalversammlung, um eine neue Verfassung für Frankreich auszuarbeiten. Was war passiert?

Mit der Einberufung der Nationalversammlung durch den dritten Stand wurde die politische Ordnung Frankreichs aus den Angeln gehoben und eine den Herrschen-

den unabhängige Gewalt geschaffen. Waren die Apelle in den Beschwerdebriefen noch auf ein Fürbitten, der „Vater König möge alles regeln“ gerichtet, nahmen die Vertreter der Massen ihre Rechte nun selbst war. Unter ihrem Druck wurde am 7./9. Juli 1789 ein Verfassungsausschuss eingesetzt und die „Assemblée Nationale“ wurde zur verfassungsgebenden Versammlung, der Konstituante. Diese verabschiedete am 26. August 1789 die erste Verfassung mit der Erklärung der „natürlichen, unveräußerlichen und geheiligten Rechte des Menschen“, deren Grundprinzipien Eingang in jede parlamentarisch-demokratische Verfassung gefunden haben.

Zeitgleich erhoben sich sowohl die städtischen Massen und auch die Bauern, um für ihre Rechte zu kämpfen und machten so die Wirksamkeit der politischen Änderungen erst möglich.

Die Bevölkerung von Paris hatte große Hoffnung in die Nationalversammlung zur Beseitigung der allgemeinen Missstände (hohe Preise für Grundnahrungsmittel, hohe Steuern) gelegt. Als sich abzeichnete, dass die Monarchisten zu Gegenrevolution und Komplott bereit waren und Truppen gegen Paris schickten, empörte sich die Pariser Bevölkerung. Seit dem 12. Juli 1789 fanden Massenversammlungen zur Beratung und zur Bewaffnung gegen den „Feind von oben“ statt. Dies kulminierte im Sturm auf die Bastille am 14. Juli und führte zu einem Abzug der königlichen Truppen aus Paris bereits am darauf folgenden Tag.

In Paris und anderen Städten wurden die königlichen Beamten in Folge durch Volksvertreter ersetzt, die Verwaltung und Versorgung regeln sollten. Ebenso bewaffneten sich die Bürger und bildeten zum Schutz eigene Truppen, die Nationalgarde. Die Bevölkerung hatte in Folge der wirtschaftlichen Not Widerstand gegen die königliche Gewalt und deren Vertreter geleistet. Auf dem Land führte die „Grande Peur“ vor der ausgebliebenen aristokratischen Gegenrevolution zu einer Erhebung der Bauern gegen die Grundherren. Die Plünderung und Niederbrennung der Adels-

sitze ging einher mit einer Vernichtung echter und gefälschter Urkunden, die die Herrenrechte bezeugten. Dies führte zu den Dekreten von 4. und 5. August 1789, die die Nationalversammlung erließ und die alle Lehensbelastungen von Grund und Boden abschaffte. Abgaben und Dienste an die Herren wurden für ablösbar erklärt. Die Bauern verweigerten die Zahlung der Ablösesummen und erwirkten so eine Annullierung der Schulden unter der Jakobiner-Regierung.

Diese drei Komponenten der Revolution führten in den folgenden Jahren zu einer Demokratisierung weiter Teile der (vor allem städtischen) Bevölkerung Frankreichs. Eine Neuorganisation der Verwaltung Frankreichs wurde realisiert: Zukünftig wurden die Amtsinhaber vom Volk gewählt und waren nur ihm verantwortlich.

Als sich abzeichnete, dass die Bourgeoisie ihre Ziele erreicht sah und neben Handelsfreiheiten und Machterhaschung keine weiteren Veränderungen anstoßen wollten, ging die Bevölkerung in ihren Forderungen weiter. Vor allem in den Auseinandersetzungen um die Kriegsführung Frankreichs und die fortgesetzte Versorgungsnot, stemmten sich die Volksmassen wiederholt gegen die Regierung. Die Sansculotten, überwiegend Handwerker und kleine Händler, bildeten dabei eine Gruppierung, die auf Gleichheit und Gerechtigkeit beharrte und begann sich in den Versammlungen der neu geschaffenen städtischen Sektionen zu artikulieren und zu wirken. Diese Versammlungen waren zentrale Organe, von denen aus die Volksbewegung in den Jahren 1792 bis 1794 organisiert wurde.

Sie waren Ausgangspunkt des am 9./10. August 1792 generierten Volksaufstandes, der die Stadtverwaltung verjagte und durch eine revolutionäre Commune ersetzte. Das Tuilerenschloss wurde erobert, der König gefangen genommen und die Legislative gezwungen, diese Vorgänge anzuerkennen und die Weichen für die Neuordnung Frankreich zur Republik zu stellen.

Im Zuge dessen wurde eine neue

Nationalversammlung gewählt, der Konvent, der die Monarchie beseitigen sollte und eine Verfassung mit weitreichenderen Rechten ausarbeiten sollte. Der Versuch mit dem Terreur, die errungenen Freiheiten und Rechte der Bevölkerung gegen die Konterrevolutionäre und Monarchisten abzusichern, mündete in der sog. „Schreckensherrschaft“ unter den Jakobinern. Eine Stabilisierung der errungenen Rechte und Freiheiten gelang nicht ganz. Nach dem Sturz der Jakobiner, übernahm erst das Besitzbürgertum und später das Militär unter Napoleon die Herrschaft und führte die französische Gesellschaft zurück in die Monarchie. Trotzdem waren ein Zurück zum Ancien Régime nicht mehr möglich und ebnete den Weg hin zu einer Gesellschaftsordnung, die mehr und mehr auf die Gleichheit der Menschen hin orientierte – bis heute.

Somit war die Französische Revolution eine erste Erprobung der Bevölkerung, ihre Rechte mittels des revolutionären Kampfes und seiner Möglichkeiten zu erlangen. An der Französischen Revolution lernte zum ersten Mal in der Geschichte Europas ein Volk, seine Souveränität zu erkennen und zu nutzen, um Verbesserungen zu erwirken. Die wichtigsten Errungenschaften, wie die Einrichtung einer neuen demokratischen Ordnung und die Abschaffung der Privilegien der Herrschenden wären ohne dieses „Erwachen“ nicht durchsetzbar gewesen.

Was also groß war an der „Großen Französischen Revolution“ ist neben der Verbreitung der Ideen der Aufklärung, die Erkenntnis, dass das Volk für seine Rechte selbst einstehen kann und auch muss. Und dass mit Kampf Veränderungen möglich sind.

Ähnliches zeigt sich heute im Arabischen Frühling, in Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, wo Menschen gegen Ausbeutung und für ein menschenwürdiges Leben kämpfen und ihr recht auf Selbstbestimmung wahrnehmen.

Alle diese revolutionären Bewegungen sind Erben der Französischen Revolution.



# Afghanistan -Karikatur einer Demokratie-

...  
Knochenhand am Peitschenknauf  
Führt die Unterdrückung auf.  
In ‚nem Panzerkarr‘n fährt sie  
Dem Geschenk der Industrie.

...  
Hinter ihm fährt der Betrug  
Schwenkend einen großen Krug  
Freibier. Müßt nur, draus zu saufen  
Eure Kinder ihm verkaufen.

...  
Hängend überm Wagenbord  
Mit dem Arm, fährt vor der Mord.  
Wohlig rückt sich das Vieh  
Singt: Sweet dreams of liberty.

...  
Und ein Wind aus den Ruinen  
Singt die Totenmesse ihnen  
Die dereinst gegessen hatten  
Hier in Häusern. Große Ratten

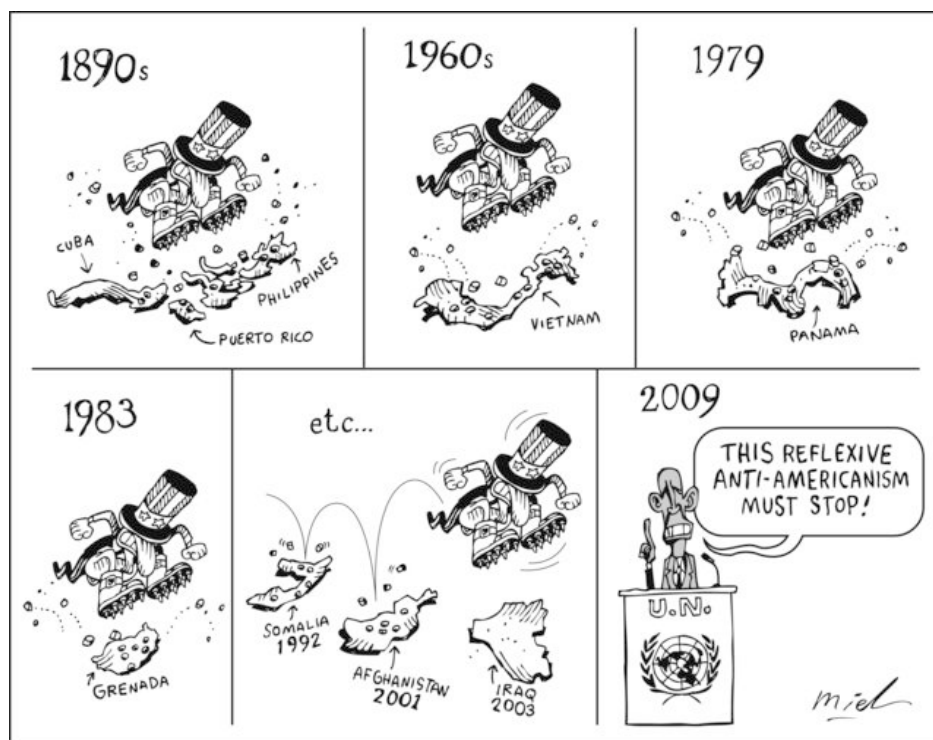
Schlüpfen aus gestürzten Gassen  
Folgend diesem Zug in Massen  
Hoch die Freiheit, piepsen sie  
FREIHEIT und DEMOCRACY!

Bertolt Brecht:  
Der anachronistische Zug oder  
FREIHEIT und DEMOCRACY)

Seit Beginn der 1990er Jahre schuf die NATO „liberale Protektorate“ als neue Form des Imperialismus und propagierte dies als Chance für die „failing states“ zu „nation building“ und zur „Demokratisierung“. Hierin hat die „enduring freedom“-Politik der NATO ihren Ursprung, um die vermeintlichen „failing states“ in Protektoraten umzuwandeln. Hierfür wird sogar die UNO instrumentalisiert. Aufgrund der Nord-Süd-Polarisierung und der daraus resultierenden Abhängigkeit vieler UNO-Mitgliedstaaten von den NATO-Ländern bestimmen letztere weitgehend die Politik der UNO. Daher kann die UNO ihrem eigentlichen Anspruch nicht mehr gerecht werden, für Frieden und Völkerrecht zu wirken.

Protektorate sind faktisch Kolonien und können somit nicht zur Demokratisierung der okkupierten Länder beitragen, sondern im besten Fall den status quo aufrecht erhalten, im ungünstigsten die Lage nur noch verschlimmern.

So wurde in Afghanistan gerade durch seinen Protektorat-Status die einheimische Wirtschaft zerstört -99% der Waren sind Importe. Die Heroinbarone, die durch Präsident Karzais besatzungskonforme Politik an der Regierung beteiligt sind, nutzen den „Wirtschaftsboom“ zur Geldwäsche und investieren nur ins Luxussegment. De facto findet ein Wiederaufbau nicht statt. Seit 2002 gab die NATO 82,5 Mrd. US-\$ für den Afghanistan-Krieg aus und lediglich 7,3 Mrd. US-\$ für den Wiederaufbau- und die Korruption führt dazu, dass der Großteil dieser Gelder durch die Warlords aber auch durch NGOs veruntreut wurde. So hat sich die Situation der Bevölkerung dramatisch verschlechtert: In Ermangelung von Wasser- und Stromversorgung –selbst in Kabul– sind die sanitären Verhältnisse katastrophal und hatten bereits mehrere Cholera-Epidemien zur Folge. Mancherorts beträgt die Arbeitslosigkeit 70 – 90 %. Der imperialistische Krieg, mit Besetzung, Marionettenregime und Korruption auf allen Ebenen hat Afghanistan in eine Handels-oase für Drogen, Waffen, Edelsteine und Menschen verwandelt. Daher ist es nicht weiter verwunderlich, dass das afghanische Volk sich weder über die Absichten der Regierung Karzais noch die der Besatzungsmächte hinwegtäuschen lässt. Spätestens der Interventionskrieg (2001) selbst zeigte die wahren Absichten der US-Regierung und ihrer Verbündeten. Es ging nicht um Menschenrechte und Demokratie, sondern um die zentral-asi-



Deng Coy Miel

<sup>1</sup> RAWA, Through staunch struggle against the fundamentalists and their masters, let's end the ongoing catastrophe of April 28!, 28.04.2005, <http://www.rawa.org/apr28-05e.htm> (11.06.2012, 12.00 Uhr)

atischen Energie-Ressourcen und die künftige globale Vorherrschaft (gegen China und Rußland).

Genauso wie die internationale Friedensbewegung, die von Beginn an gegen den Afghanistankrieg kämpfte, gab es auch innerhalb Afghanistans demokratische Bewegung gegen jede Militärintervention. So äußerte die afghanische Menschenrechtsorganisation RAWA 2005: „The people have realized that their country has been turned into a chess board of world powers once again, where the world powers don't want to easily lose their key terrorist lackeys, in whom they have invested for years. And, therefore, they keep them in political power to ensure that they have their puppet government in Afghanistan in place.“<sup>1</sup>

Dennoch versuchten die USA weiterhin den Anschein der Demokratisierung zu wahren und hierüber ihre Militärintervention zu legitimieren. Die Scheindemokratie des US-Marionettenregimes wurde durch formalrechtliche Zusicherung grundlegender Frauen- und Menschenrechte, wie Recht auf Bildung und Arbeit, sowie aktives und passives Wahlrecht legitimiert und durch die Versöhnungspolitik Karzais aufrecht erhalten.

Laut RAWA sind 80% der Parlamentarier Fundamentalisten, wovon die meisten Warlords und Drogenbarone sind:

- „Karim Chalili, stellvertretender Präsident, ist Chef einer proiranischen Partei namens Wahdat, verantwortlich für die Tötung von tausenden unschuldigen Menschen, und wird von Human Rights Watch als Kriegsverbrecher bezeichnet.
- Ismael Chan, ein weiterer Killer-Warlord und Lakai des iranischen Regimes, ist Minister für Wasser und Energie.
- Izzatullah Wasifi, Afghanistans Antikorruptionschef, ist ein verurteilter Drogenhändler, der rund vier Jahre in den USA im Staatsgefängnis von Nevada gesessen hat.
- General Mohammed Daoud,

Afghanistans stellvertretender Innenminister, zuständig für die Drogenbekämpfungspolitik, ist ehemaliger Kriegsherr und bekannter Drogenhändler.

- Raschid Dostum, Stabschef der afghanischen Armee, ist ein kaltblütiger Mörder und Warlord und wird von Human Rights Watch als Kriegsverbrecher bezeichnet.

- Qasim Fahim, ehemaliger Verteidigungsminister und heute Senator und Berater von Herrn Karsai, ist der mächtigste Kriegsherr der Nordallianz und wird beschuldigt, Kriegsverbrechen begangen zu haben.“<sup>2</sup>

RAWA ist der Ansicht, dass solange diese in ihren Ämtern blieben, keine Demokratie möglich sei. Daher fordert sie, dass alle Warlords und Drogenbarone ihrer Ämter enthoben und vor ein Kriegsverbrechertribunal gestellt werden, sowie den Abzug der internationalen Truppen und die Stärkung der demokratischen Bewegung durch die internationale Gemeinschaft.

Die durch die korrupte Regierung protegierte Drogenmafia, die Unterschlagung der Wiederaufbauhilfegelder, sowie die Manipulationen der Wahlen und die Verwehrung der Presse- und Meinungsfreiheit durch Gewalt und Mordandrohungen machen es der Bevölkerung unmöglich, die ihnen in der Verfassung zugesicherten demokratischen Grundrechte wahrzunehmen und dienen der Unterdrückung aller anti-fundamentalistischen und demokratischer Kräfte. Dies lässt jeglichen Versuch die Scheindemokratie aufrecht zu erhalten als Farce und Afghanistan als Karikatur einer Demokratie erscheinen.

Obwohl viele demokratische Organisationen und Parteien zerschlagen wurden, gibt es immer noch tausende von oppositionellen Gruppen, die sich weder von den Repressionsmaßnahmen der afghanischen Regierung noch vom Drohenkrieg der NATO davon abbringen lassen für ihre Ziele zu kämpfen. In Demonstrationen kritisieren sie die menschenunwürdigen Lebensverhältnisse und

fordern ein Ende der Korruption, sowie Demokratie und den Abzug der Truppen. Trotz Morddrohungen prangern die wenigen im Parlament vertretenen Demokratiebefürworter wie Malalai Joya weiterhin die Missstände in ihrem Land an und auch die gesellschaftskritischen Journalisten scheuen diese Gefahr nicht. Auch der Versuch aller Fundamentalisten sich gegen die demokratische Bewegung innerhalb Afghanistans zusammenschließen zeigt wie stark diese immer noch ist. Die sich häufende Aufstände in den Provinzen Kunar, Takhar, Nangarhar Paktia, Logar und Ghazni lassen hoffen, dass es auch bald einen afghanischen Frühling geben wird.

Vor diesem Hintergrund ist es geradezu lächerlich anzunehmen, dass der nach dem Bekanntwerden der Koranverbrennungen und den Folterungen Guantanamo und der Massaker erstarkte Widerstand rein fundamentalistisch ist. Immer weniger Afghanen glauben, dass die Selbstmordattentate von den religiösen Fundamentalisten begangen wurden. Sie vermuten, dass diese von der NATO initiiert sind, um einerseits ihre eigenen Mordtaten zu relativieren und andererseits ihren Kampf gegen den Widerstand weiterhin als „Kampf gegen den Terror“ legitimieren zu können.

Die Methoden der Imperialistischen Mächte haben sich nicht geändert. Jede Widerstandsbewegung wurde als terroristisch dämonisiert: auf die gleiche Art und Weise bekämpften die Briten die Mau Mau in Kenia, die Franzosen die algerische FLN und gemeinsam mit den USA die Vietnamesen, Sharon die Palästinenser, und Putin die Tschetschenen. Der Anti-Imperialismus der Demokratie- und Friedensbewegung wird, um ihn mundtot zu machen, deshalb häufig als Anti-Amerikanismus diffamiert. Es kristallisiert sich heraus, dass die NATO bei weitem nicht beabsichtigt, in näherer Zukunft die Truppen aus Afghanistan abzuziehen, sondern dem entgegen dort ihre Militär- und Aufklärungsbasis installieren. Es stellt sich nun die Frage, wie lange die Menschheit diese imperi-

<sup>1</sup> Joya, Malalai, the US has returned fundamentalism to Afghanistan, 13.04.2007,

<http://zmag.de/artikel/die-usa-haben-den-fundamentalismus-nach-afghanistan-zuruckgebracht> (11.06.2012, 12.00 Uhr)

<sup>2</sup> Matin Baraki, Parlamentswahlen in Afghanistan, Ende einer Farce, 29.04.2011, <http://www.forumaugsburg.de>, (16.06.2012, 15.00 Uhr)

alistischen Machenschaften noch toleriert.

Der afghanische Politikwissenschaftler Matin Baraki ist der Ansicht, dass wenn die Menschen in den NATO-Ländern auch nur ein Viertel von dem wüssten, was die westlichen Besatzungskräfte am Hindukusch verursachen, könnte eine Antikriegsbewegung wie zur Zeit des Vietnam-Kriegs entstehen.<sup>3</sup>

Dies sowie die weltweiten Aufstände zeigen, dass immer mehr Menschen den Versprechungen der angeblichen Demokratievertefchter nicht mehr glauben wollen und sich gegen deren Kriegstreiberei, Unterdrückung und Ausbeutung solidarisieren. Dies lässt auf eine friedvolle humanistische Zukunft hoffen. Inwieweit dies

Realität wird liegt am Engagement der Menschen weltweit. Es ist an uns allen sich mit den wahren Demokratievertefchern zu solidarisieren und dies zu erkämpfen.

*„Man darf nicht die Demokratie zum Vorwand nehmen und ein Land angreifen. Die Menschenrechte kann man den Menschen gewiss nicht durch Bomben bringen. Es darf auch nicht sein, daß man den Kampf gegen eine Diktatur zum Vorwand nimmt, um die Ressourcen einer Nation zu rauben. Demokratie und Menschenrechte können nur mit dem und durch den Willen der Menschen verwirklicht werden, nicht dagegen.“*

(Shirin Ebadi, fünfte Weltethos-Rede, »Der Beitrag des Islam zu einem Weltethos«, 20. Oktober 2005, Tübingen.)

#### Impressum

Herausgeber: Fachschaftsrat Geschichte der Universität Hamburg

Mitwirkende: Thomas Stahlhut (V.i.S.d.P.), Kolja Griebner (Layout), Rörd Hinrichsen, Malte Jochem, Felix Lepetit, Nicollí Povijač, Golnar Sephrnia, Johanna Wellmann

Druck: Print und Copyhaus GmbH - Auflage: 500

#### Bildnachweise:

Titelbild:  
[http://www.comedix.de/medien/lit/hefte/asterix\\_und\\_obelix\\_feiern\\_gueburstag.php](http://www.comedix.de/medien/lit/hefte/asterix_und_obelix_feiern_gueburstag.php)

S. 3:  
[http://domyoubelievethehype.com/wp-content/uploads/2012/01/5435860\\_c8eb75a455\\_m.jpeg](http://domyoubelievethehype.com/wp-content/uploads/2012/01/5435860_c8eb75a455_m.jpeg)

S. 7:  
[http://andinosauria.blogspot.de/2005\\_08\\_01\\_archive.html](http://andinosauria.blogspot.de/2005_08_01_archive.html)

S. 9:  
[http://www.jura.uni-hamburg.de/fileadmin/img/deco\\_img/deco\\_img\\_22.jpg](http://www.jura.uni-hamburg.de/fileadmin/img/deco_img/deco_img_22.jpg)  
[http://www.jura.uni-hamburg.de/fileadmin/img/deco\\_img/deco\\_img\\_29.jpg](http://www.jura.uni-hamburg.de/fileadmin/img/deco_img/deco_img_29.jpg)

S. 15:  
<http://www.schulbilder.org/bild-eugene-delacroix-die-freiheit-fuehrt-das-volk-i15553.html>

S. 17:  
<http://www.geschichteinchronologie.ch/amerika-index.htm>

S. 20:  
<http://unit-pic.tweetweb.com/img/original/bd/bd14495d65d62aed830b62e-ab27ac9.jpeg>

## Griechenland Solidarität: Von unten!

Unter dem Titel „Nein zu Spardiktaten und Nationalismus!“ sowie dem Motto „Heute die griechische Bevölkerung, morgen wir – der Krisenlösung von Oben die Solidarität von Unten entgegensetzen“ fand vom 15. Bis 22. September eine Solidaritätsreise einer Delegation von GewerkschafterInnen nach Griechenland statt. Die Reise schließt sich an die Solidaritätsaktion derselben Gruppe an, die 1999 Jugoslawien unter dem Motto „Solidarität von unten statt Bomben von oben“ besuchte. Aus dem Reisetagebuch der Griechenlandreise soll hier mit dem Eintrag zum ersten Tag exemplarisch der Elan der Bewegung und die Freude an der gemeinsamen Sache zum Ausdruck gebracht werden:<sup>1</sup>

### „Treffen morgens 11h im Hotel.

Es waren gekommen: Apostolis (Apo, wissenschaftlicher Berater der Gewerkschaft GSEE), der für uns alles vorbereitet hatte und hat; Christos, ein Bekannter von Apo, Occupy und sozialen Bewegungen

nahe stehend; Eurydike, eine junge Journalistin von Kathimerini, die sich bereit erklärt hat, für uns zu übersetzen; Babis Agrolabos, ein Journalist der geschlossenen Zeitung Eleftherothypia; sowie Damon und Yannis vom Nationalrat zur Forderung deutscher Kriegsschulden; Damon, ein früherer Deutschlehrer übersetzte auch für uns und wird uns diese Woche auch beim Übersetzen helfen, ebenso wie seine Tochter Martha. Weiterhin war Eberhard da, ein Anwalt, der in Griechenland lebt und nach Athen zu uns gekommen ist. Insgesamt waren wir beeindruckt von der Bereitschaft der griechischen Freunde, die wir ja so gut wie gar nicht kannten, uns zu helfen.

Wir begrüßten und stellten uns vor und Apo erläuterte, was er uns für diese Woche vorschlägt. Im Moment sei es gar nicht so einfach, etwas zu organisieren, da alle in großer Aufregung und Unruhe sind, da in diesen Tagen das dritte Sparpaket von der Regierung beschlossen wird, um die Bedingungen der

Troika für das dritte Hilfspaket zu erfüllen. Alle rechnen mit dem Schlimmsten, da die ersten beiden Sparpakete schon tiefe soziale Einschnitte und Eingriffe in die Rechte der Gewerkschaften beinhalten. Trotzdem werden wir jeden Tag Treffen mit Aktiven haben, zu Gewerkschaftsversammlungen gehen und auf einer Demonstration ein Grußwort sprechen.

### Nachmittags

Unser erster Programmpunkt: Fahrt nach Kesariani, einer Gedenkstätte an dem Ort, wo die Nazis während der Besetzung Hunderte von Menschen erschossen, Widerstandskämpfer, Geiseln, Kommunisten, auch Deserteure. Organisiert hatte das der Nationalrat [zur Klärung der deutschen Schulden gegenüber Griechenland] [...]. Höhepunkt war die Ansprache von Manolis Glesos, 92, Vorsitzender des Nationalrats. Glesos war während der Besetzung berühmt geworden, weil er die Hakenkreuzfahne von der Ak-

<sup>1</sup> Manfred Klingele, Jan Rübke, Rainer Thomann: Reisetagebuch Sonntag (16.9.2012), in: Reisetagebuch der Solidaritätsreise nach Griechenland, 15. bis 22. September 2012 [<http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/aktionen/2012/griechenreisetagebuch.html>].



ropolis heruntergeholt hatte. Im Februar letzten Jahres protestierte er vor dem Parlament gegen die Verabschiedung des 1. Sparpaketes gemeinsam mit [dem Musiker] Mikis Theodorakis. Sie wollten jedem Abgeordneten in die Augen sehen. Ihre Augen konnten sie jedoch nicht benutzen, denn sie [wurden] von der Polizei mit Tränengas beschossen. Diese Bilder gingen um die Welt.

Rolf [Becker] hielt eine kleine Ansprache. Er betonte unsere Absicht, heute der Ausplünderung durch die Herrschenden entgegen zu treten. Ähnlich wie es damals im Widerstand darum ging, gemeinsam gegen die Besatzung zu kämpfen.

In den Reden der Nationalratsmitglieder wurde deutlich, dass die Vergangenheit bezüglich der Verbrechen der deutschen Nazis in Griechenland durchaus lebendig ist. Dies erklärt auch die Verbindungslinien, die in Teilen der griechischen Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der ökonomischen und politischen Kraft sowie dem

konkreten Wirken der deutschen Wirtschaft und Politik nicht nur in Richtung Griechenland gezogen werden. Hier gibt es durchaus Anhaltspunkte für einen Nationalismus, der die Völker auseinander treibt und somit das Spiel der Herrschenden erleichtert.

Am Abend gehen einige der Reisegruppe mit Christos in ein selbstverwaltetes Zentrum, das sich noch im Aufbau befindet. [...]

Im entstehenden sozialen Zentrum sind verschiedene Arbeitsgruppen tätig, unter anderem eine Rechtsberatung für Menschen, die sich weigern, die neuen, schlechteren Arbeitsverträge zu unterzeichnen. Ähnliche Initiativen gebe es in ganz Griechenland. Eine breite Bewegung, der sich auch viele angeschlossen haben, die letztes Jahr an der Syntagma-Platzbesetzung aktiv dabei waren. Demnächst werde übrigens eine Landkarte Griechenlands entstehen, wo jede und jeder online seine Ortschaft anklicken und sehen könne, welche Möglichkeiten zur Selbsthilfe es an seinem Ort bereits gebe.

Griechenland wird oft als ‚Experimentierfeld‘ bezeichnet, das zeigen soll, wie weit die Vermarmung breiter Bevölkerungsschichten vorangetrieben werden kann. Das ist allerdings nur die eine Seite. Auf der andern Seite könnte es auch sein, dass die herrschenden Eliten damit ihr eigenes Grab schaufeln. Denn Griechenland scheint ebenso zu einem Laboratorium zu werden, in welchem neue Formen der Produktion und des Austausches ausprobiert werden. In dieser Hinsicht haben Sätze, die Christos so ganz beiläufig ausspricht, eine besondere Bedeutung. Wenn er etwa sagt: „Bei uns ist eine ähnliche Situation wie in Nordafrika, es geht darum, das Regime zu stürzen. Nicht um einen Regierungswechsel, sondern um eine neue Gesellschaft, die sich aus der heutigen Situation heraus entwickelt.“

[...] eine frohe Botschaft, voller Hoffnung und Glauben an eine bessere Zukunft. Daraus spricht alles andere als Resignation und Verzweiflung, angesichts einer tiefen wirtschaftlichen und sozialen Krise, die von den Menschen in Griechenland als eine Art „Kriegszustand“ empfunden wird, in einem Krieg, der nie erklärt worden ist und in dem sich das Land dennoch befindet. Denn die dramatischen wirtschaftlichen Einbrüche, die Griechenland gegenwärtig erlebt, sind früher nur in Kriegszeit verzeichnet worden. Und gegen die „Fremdherrschaft“, welche die internationalen Kapitalvermögensbesitzer Griechenland aufgezwungen haben, werden die Menschen, die in diesem Land leben, ebenso Widerstand leisten wie einst gegen die fremden Besatzungsarmeen. Das Selbstvertrauen von Christos und seinen Freunden drückt sich auch in einem andern Satz aus, den er ebenso beiläufig ausspricht: ‚Wir Griechen brauchen keine barmherzige Hilfe, wir sind nicht schwach, wir haben die Macht, die Entwicklung Europas zu beeinflussen.‘“

### Vorankündigung:

Im November wird das teilautonome AStA-Referat für internationale Solidarität (RIS) gemeinsam mit dem AStA eine Veranstaltung durchführen, in der Teilnehmer der Gewerkschaftsdelegation nach Griechenland von ihren Erfahrungen berichten.